

»Die Robotron-Kantine dem Gemeinwohl widmen!«

Anja Apel



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Oktober 2020



Wem gehört die Stadt?

Eine Antwort werden auch die Entscheidungen zum Haushalt bringen. » Seite 2

Die Stadt uns allen!

Die Verteilung öffentlicher Ressourcen – von Parkplätzen über Feuerwerkszeiten bis WLAN-Hotspots – muss gerecht stattfinden. Aber: was heißt das eigentlich?

30 Jahre Deutsche Einheit und viele offene Fragen. Wie auch sonst, wenn sich diese Fragen auf die sensibelsten Bereiche gesellschaftlichen Zusammenlebens richten? Wem gehört das Land? Wem gehört das Volkseigentum? Wem hätte es gehören sollen? Wem gehören die Schalthebel der ökonomischen, kulturellen und politischen Macht – im Osten, im Hier und Jetzt? Sicher, in den meisten Fällen sind die Messen gesungen, aber die Frage, wem die öffentlichen Plätze, Gebäude, Verkehrswege, das kulturelle Vermögen, die natürlichen Ressourcen gehören – diese Frage bleibt hoch aktuell. Wie wollen wir Platz gewinnen für Fuß und Rad? Drängen wir Pendlerinnen und Pendler über hochpreisige Parkplätze aus dem gemeinsamen Stadtraum? Bieten wir komfortable Alternativen via ÖPNV? Wollen wir den gemeinsamen Luftraum für Feu-

erwerke verbieten? Oder akzeptieren wir, dass geteilter Raum zu geteilter Freude bzw. geteiltem Leid wird, wenn's am gemeinsamen Himmelszelt regelmäßig knallt? Erhalten wir Gebäude gesellschaftlichen Interesses oder schlagen wir sie Investorinnen und Investoren zu? Schaffen wir kostenloses Internet für alle überall oder begnügen wir uns mit dem Ausbau der touristischen Hot-Spots? Erlauben wir Klimaproteste in der Stadt oder lassen wir eine Versammlungsbehörde gewähren, die diesen Protest schikaniert – frei nach dem Motto: »Euch? Euch gehört die Stadt auf keinen Fall!« Beschließen wir schließlich einen Haushalt, der die Reichtümer der Stadtgesellschaft selbiger gerecht zur Verfügung stellt, der umverteilt? Wagen wir uns also an eine Antwort, die zumindest in dieser Ausgabe lautet: (Möglichst) allen gehört die Stadt?! *Thomas Feske*

STADTGESELLSCHAFT

Plätze des Gemeinwohls

Fußverkehr, Radverkehr, Autoverkehr, oder doch der ÖPNV? Beständig tobt der Kampf um begrenzte Räume. Wäre es nicht wichtiger, die Stadt zu einem Ort zu machen, in der alle Verkehrsteilnehmer*innen Platz haben, alle sicher am Straßenverkehr teilnehmen können und sich die Möglichkeit zur Teilhabe nicht am Geldbeutel festmacht? Sollten vollelektrische SUV wirklich kostenlos parken, während der Parkplatz für einen alten Kleinwagen unbezahlbar wird?

Wem gehört die Stadt? Wie gehen wir mit gemeinsamen Plätzen und öffentlichen Gebäuden um? Wem stehen sie zur Verfügung? Was geschieht mit dem Sachsenbad, das seit Anfang der 1990er Jahre dem Verfall preisgegeben wird? Oder Gebäuden der Ostmoderne wie der Robotron-Kantine? Soll etwa die Vergangenheit der Ostmoderne vollständig aus dem Stadtbild getilgt werden? Wir sagen: Nein! Mitnichten sollte alles an private Investoren verschertelt werden. Die Robotron-Kantine und nicht nur diese sollte dem Gemeinwohl als Raum für gemeinnützige Angebote an die Stadtgesellschaft dienen können. Das wäre jedenfalls der Wunsch vieler Menschen in Dresden. **» Seiten 6 und 7**

FRIDAYS FOR FUTURE

Klimacamp

Am 25. und 26. August konnte eine außergewöhnliche Aktivität an der Kreuzkirche gegenüber des Cafés AHA beobachtet werden: Initiiert von Fridays for Future Dresden entstand ein Klimacamp. Was anfangs wie notdürftig und schnell platziert wirkte, mauserte sich ganz schnell zu einem stabilen und aussagekräftigen Camp – allen Einwänden (oder sollte man besser sagen Schikanen) der Versammlungsbehörde zum Trotz.

Zum Zweck des Camps erklärten die Initiator*innen auf ihrer Internetseite: »Ein Klimacamp ist eine Dauerkundgebung, also eine Demo Tag und Nacht, mit der wir Druck auf die Politik ausüben wollen. Im Camp wird Platz für Workshops, Vorträge, Banner malen, zusammen vegan kochen, Aktionen planen, diskutieren, neue Leute kennen lernen und vieles mehr sein.« Ich finde, ein solches Anliegen muss unterstützt werden. Insbesondere sollte der



Protest- und Informationscamp in der Altstadt.

Raum für Diskussionen dafür genutzt werden, um den Zusammenhang zwischen sozialer Sicherheit und intakter Umwelt darzustellen. Menschen mit geringem Einkommen dürfen nicht die Verlierer*innen der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen sein. Meiner Meinung nach sollte mit allen Kräften das Gesetz für faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten (Lieferkettengesetz), die Förderung des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung bis 2038 und der damit verbundene Strukturwandel in Braunkohleregionen wie der Lausitz unterstützt werden. Auf kommunaler Ebene sollte der Beschluss zum Klimaschutz in Dresden zügig umgesetzt werden.

Nur ein gesellschaftlicher Wandel – weltweit – wird sowohl soziale Probleme als auch Klimawandelfolgen bewältigen können. Diesen weltweiten Wandel werden wir aber nur erreichen, wenn wir in unserer Stadt vorangehen und unser möglichstes tun um CO₂ einzusparen, das Klima zu schonen und nicht nur den CO₂ Ausstoß zu verlagern. Das wird uns auch in den folgenden Jahren einiges an Geld und Anstrengungen kosten. Aber die Zukunft unseres Planeten und all seiner Bewohner sollte uns das wert sein.

Mehr zum Klimacamp unter:
<https://ffdd.de/klimacamp/>

Dr. Margot Gaitzsch

Haushaltsverhandlungen

Nach der Einbringung des Haushalts gibt es viel zu tun. Für unsere Fraktion bestreitet Tilo Kießling die Verhandlungen mit den Finanzpolitikern der anderen Fraktionen. Hier seine Sicht darauf.



Fernsehturm, Blaues Wunder, DVB-Finanzierung und Kitagebühren sind nur vier der wichtigen Themen des Doppelhaushalts.

»Nie wäre es einfacher für den Oberbürgermeister als jetzt, denn bei einem so zerstrittenen Stadtrat wie dem jetzigen wäre es kaum möglich den Haushaltsentwurf wesentlich zu ändern«, kommentierte die DNN. Demnach würden wohl 99,5% des Entwurfes unverändert bleiben. Dazu muss gesagt werden, dass der Anteil an Veränderungen, die an einem Haushaltsentwurf vorgenommen werden, nie besonders groß ist. Ein Prozent des Haushaltes sind etwa 18 Millionen Euro. Sich mit mindestens 36 Ratsmitgliedern zu einigen, wie man 18 Millionen Euro umverteilt, ist selbst bei einem Stadtrat, der grundsätzlich nicht »zerstritten« ist, nicht die leichteste Übung.

Natürlich wird es nicht einfach, neben den drei Fraktionen Grüne, LINKE und SPD noch mit weiteren Partnern eine Haushaltsmehrheit zu erreichen. Aber mindestens zwischen Grünen, LINKEN und SPD gibt es ja eine grundsätzliche Kooperationsvereinbarung. Diese enthält auch politische Grundaussagen, die nun in Haushaltspolitik gegossen werden können. Weiterhin gibt uns die bisher stabile Vereinbarung mit der CDU über die Zugriffe und die Besetzung der Beigeordneten Stellen Hoffnung, dass auch hier eine Übereinkunft zu erreichen sein wird.

Spannend werden die Abgleiche der haushalterischen Grundannahmen der verschiedenen Fraktionen sein. Wenn man sich der sehr pessimistischen Prognose der Kämmerei anschließt, erwartet uns ein eher U-förmiger Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies bedeutet übersetzt: der Einbruch durch die Coronakrise bleibt eine längere Zeit bestehen, ehe eine Erholung einsetzt. Das war die vorherrschende Meinung bis Jahresmitte. Allerdings hat das Bundeswirtschaftsministerium diese Einschätzung Anfang September kräftig ins Positive gedreht: Einem steilen Absturz folgt ein ebenso steiler Anstieg der Wirtschaftsdaten. Die klassische V-Form.

Wer eher zu einem U neigt, wird für erhebliche Einschnitte in den Ausgaben plädieren, wer zu einem V neigt, eher dazu, die Einnahmeausfälle in der Stadtkasse zu überbrücken.

Vor diesem Hintergrund sind dann die einzelnen Haushaltsprobleme zu diskutieren. Unsere Fraktion wird hier dafür eintreten, dass es keine Kürzungen und Schließungen von sozialen oder kulturellen Angeboten geben wird und mindestens der Status Quo des vergangenen Doppelhaushaltsjahres 2019/2020 aufrechterhalten wird.

Tilo Kießling

SCHÜLERBEFÖRDERUNG

Kommt der kostenlose ÖPNV für Kinder und Jugend?

2019 haben über 2000 Menschen in einer Petition gefordert, Kinder und Jugendliche kostenlos zu befördern. Der Petition konnte damals nicht abgeholfen werden, dennoch soll im November 2020 eine Vorlage zur Schülerbeförderung vorgelegt werden. Dies nährt Hoffnungen darauf, dass junge Menschen bald den ÖPNV kostengünstiger oder kostenlos nutzen können. »Die Staatsregierung hat die lang angekündigte

Einführung des Bildungstickets zum Schuljahresbeginn 2020/21 durch Nichtstun verschlampt«, erläutert jedoch Stadtrat Jens Matthis. »Gebraucht wird jetzt eine unbürokratische Zwischenlösung der Stadt bis zum nächsten Schuljahr und der nötige Druck auf die Staatsregierung, damit das Bildungsticket 2021 endlich kommt.« Wenn das erfolgt, steigen sicher einige junge Menschen auf den ÖPNV um.

Die Redaktion

50 Jahre Mensch. 24 Jahre Stadtrat.

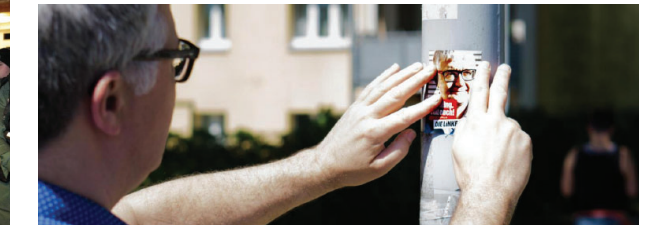
André Schollbach gratuliert LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling zum 50. Geburtstag.

Tilo Kießling ist der dienstälteste Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden. Im Jahr 1996 zog er zunächst als Nachrücker der PDS in das „Stadtparlament“ ein. Heute gehört er zu den Urgesteinen der Dresdner Kommunalpolitik.

Er hat die Jugendhilfelandchaft geprägt, in der Sportpolitik Akzente gesetzt und als Finanzpolitiker dafür gesorgt, dass linke Vorhaben und Projekte Wirklichkeit werden konnten. Als Mitinitiator des Bürgerbegehrens „Für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser“ verhinderte er die Privatisierung der Kliniken Friedrichstadt und Neustadt. Als Geschäftsführer des Roten Baums ermöglichte er tausenden Kindern und Jugendlichen wunderbare Erlebnisse und Begegnungen in ungezählten Ferienlagern. Als Vorsitzender der LINKEN in Dresden war er einer der Architekten der Kooperation zwischen Linken, Grünen, SPD und Piraten im Stadtrat. Man kann mit Fug und Recht sagen: Tilo Kießling hat in seinem bisherigen politischen Leben Spuren hinterlassen, auf die er selbst – und mit ihm seine Partei – stolz sein kann.

Gelegentlich verzweifelt er ein wenig an jenen Entwicklungen innerhalb der LINKEN, die ihm problematisch und kritikwürdig erscheinen. Er formuliert dann durchaus bärbeißig und macht keinen Hehl aus seinem Leiden an dem einen oder anderen Zustand. Weil er seine Partei lieb hat, wie er selbst sagen würde. Das mag merkwürdig klingen, aber ja: DIE LINKE bedeutet ihm etwas. Seine Meinung sagt er geradeheraus in der ihm eigenen Art. Dies mag nicht allen gefallen und er macht sich damit nicht nur Freunde. Aber besser ein offenes und ehrliches Wort als falsche Freundlichkeit.

Tilo weiß aber auch das Leben zu genießen. Um es mit Hans-Eckardt Wenzel, dessen Konzerte er so gern und oft besucht, zu sagen: »Reich sind nicht die Reichen, die der Welt ausweichen. Ach, die haben's



schwer. Können sich nichts denken, können nichts verschenken, was nicht käuflich wär.«

Lieber Tilo,
herzlichen Glückwunsch zum 50. Geburtstag.
Venceremos!

Im Uhrzeigersinn: (1) Dresdens Geschichte im Blick (2) Nach dem Vorwurf, einen NPD-Stadtrat als »Nazi-Schwein« beschimpft zu haben (3) Im Wahlkampfgespräch (4) Bei der rechtswidrigen Sturmung des HdB 2011 (5) Arbeit am Stadtbild

BEIGEORDNETENWAHL

Stephan Kühn wird neuer Baubürgermeister in Dresden.



Wechselt vom Bundestag in die Stadtverwaltung Dresdens: Stephan Kühn.

In der vergangenen Sitzung des Stadtrates wurde der bisherige Bundestagsabgeordnete und frühere Stadtrat Stephan Kühn (Bündnis90/Die Grünen) im ersten Wahlgang mit 34 Stimmen zum Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften gewählt. Weitere Bewerber waren Dr. Martin Schulte-Wissermann (Piraten, 15 Stimmen) und der von den Freien Wählern vorgeschlagene Ronald Franke (4 Stimmen). Die Fraktion DIE LINKE hatte sich auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden André Schollbach auf die Wahl Kühns verständigt.

Zu Beginn des Jahres hatten sich die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, LINKE und SPD in Verhandlungen auf eine Lösung zur zukünftigen Ausgestaltung und Struktur der Geschäftsbereiche und der Vorschlagsrechte für die Wahl der Beigeordneten verständigt. Dabei hatten die Fraktionen auch Vorschläge des amtierenden Oberbürgermeisters Dirk Hilbert aufgegriffen.

Nach § 56 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung werden die Beigeordnete

ten vom Stadtrat je in einem besonderen Wahlgang gewählt. Nach § 39 Abs. 7 der Sächsischen Gemeindeordnung ist gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Es bedarf eines Einvernehmens zwischen Stadtrat und Oberbürgermeister, welches im Falle von Kühn hergestellt wurde.

»Auf gute Zusammenarbeit« – die ersten Worte, die Fraktionsvorsitzender Schollbach nach der Wahl an den neuen Beigeordneten richtete. Und diese Zusammenarbeit ist unverzichtbar, denn nicht nur Kühn steht vor großen Herausforderungen. Die Stadtentwicklung steht im Lichte von Klimawandel, Verkehrswende und Wohnraumverknappung ganz besonders im Fokus der Öffentlichkeit. Mietsteigerungen in der Innenstadt, die Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmern, Megaprojekte im Straßenbahnbereich und zur Sanierung wichtiger Verkehrsachsen, der Ausbau und die Verbesserung von Rad- und Fußverkehr – all das wird die gemeinsame Agenda der kommenden Jahre bestimmen. *Thomas Feske*

Wie wirken Feuerwerke?

Über das Für und Wider von Feuerwerken gibt es eine niemals endende Diskussion. Anlässlich eines im Stadtrat eingereichten Antrags wird die Debatte noch einmal aufgerollt.

Ein Feuerwerk ist häufig der Höhepunkt einer Feier. Die Gäste sammeln sich auf einer Terrasse oder einer anderen Fläche, von der sie gut in den Himmel schauen können. Und zu einer angekündigten Uhrzeit werden allerhand farbige Lichter unter großem Geknalle in den Nachthimmel geschossen. Manche empfinden dies als romantisch, andere als euphorisierend.

Allerdings sollten die Nachteile dieses kurzweiligen Festhöhepunktes nicht außer Acht gelassen werden. Zunächst ist der Kostenfaktor enorm. In ganz Deutschland werden laut einer Statistik allein vor Silvester über 100 Millionen Euro für Feuerwerke und Böller ausgegeben. Darüber hinaus ist die Lautstärke für Haustiere eine große Belastung. Gerade Katzen, Hunde und Kleintiere wie Meerschweinchen haben ein deutlich feineres Gehör als Menschen. Die lauten Knallgeräusche, der Geruch von gezündeten Feuerwerkskörpern und das flackernde Licht der Raketen lösen Panik und einen Fluchtreflex bei Haustieren und vor allem bei Wildtieren aus. Vögel können außerdem durch gezündetes Feuerwerk ihre Orientierung im Flug verlieren und Hindernissen nicht rechtzeitig aus dem Weg fliegen. Gezündete Feuerwerkskörper hinterlassen Müll, vor allem nach dem Jahresübergang werden durch die



Für manche unverzichtbar und für andere ein Ärgernis: Feuerwerke.

städtischen Straßenreinigungskräfte Tonnen an Müll von den Straßen entfernt. Ganz zu schweigen von dem explosionsartigen Anstieg an Feinstaub in der Luft. Schließlich sollte auch erwähnt werden, dass die Produktion von Feuerwerk meist im Ausland unter

ausbeuterischen und vor allem brandgefährlichen Bedingungen in Ostasien hergestellt werden.

In Dresden wird nicht nur zu Silvester ein Raketenspektakel veranstaltet. Es rumst so häufig nachts um zehn oder elf Uhr, dass manche behaupten, Dres-

den sei die Feuerwerkshauptstadt von Deutschland. Manche Menschen verlassen gar zum Jahreswechsel die Stadt. Die Stadtverwaltung hat bezüglich der Anmeldung und Genehmigung von Feuerwerken lediglich minimale Restriktionen. Doch schon das geht der FDP zu weit, sie wollen freies Feuerwerk für freie Bürger – oder so ähnlich und reichen einen entsprechenden Antrag ein. Aber eine Regulierung ist durchaus sinnvoll. Was würde passieren, wenn zwei Hochzeitsgesellschaften viel Geld ausgeben und am Ende feststellen, dass sie unmittelbar nebeneinander ihre Raketen in den Himmel und durcheinander schießen?

Bei dem Thema Feuerwerk gibt es zumindest zurzeit keine eindeutige Lösung. Störend ist jedoch etwas Anderes. Ein Feuerwerk ist eigentlich ein öffentliches Ereignis. Der Himmel ist für alle sichtbar und nicht selten erfreuen sich nicht nur die Gäste daran sondern viele Menschen, die das Feuerwerk sehen können. Es wäre also schön, sich auch an dem Feuerwerk anderer erfreuen zu können, anstatt nur das Ärgernis der überraschenden Lautstärke wahrnehmen zu können. Eine gute Möglichkeit wäre es doch, sich über alle geplanten Feuerwerke am Dresdner Nachthimmel informieren zu können. Dann haben alle etwas davon. *Magnus Hecht*

UMWELT

Dresden blüht auf! Eine neue Saatgutbibliothek stärkt die Artenvielfalt

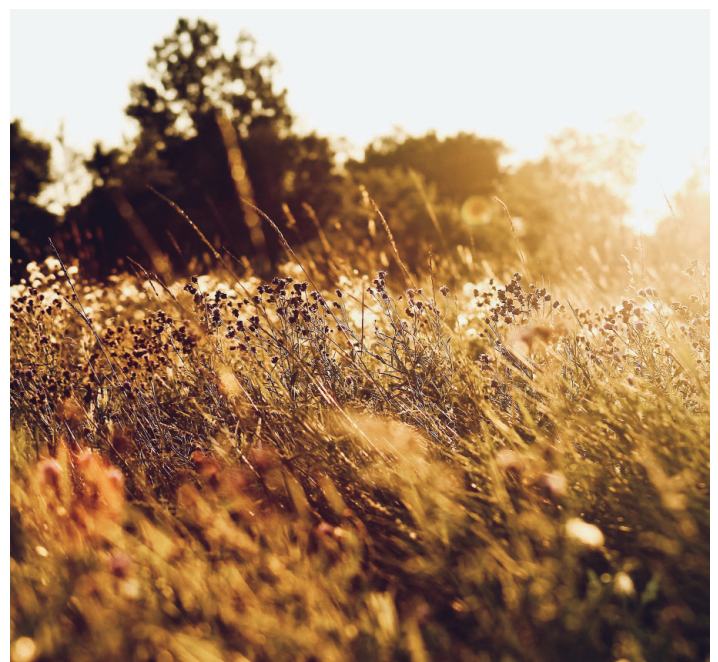
Saatgut zu retten, ist ein Mittel, um die Vielfalt von Pflanzen und Lebensmitteln zu erhalten. Durch die Konzernfusionen der letzten Jahre, beherrschen drei Konzerne über 60 Prozent des weltweiten Marktes für kommerzielles Saatgut und Agrarchemikalien: DuPont de Nemours, ChemChina-Syngenta und Bayer-Monsanto. Mit der Kontrolle über das Saatgut und Patente erlangen die Konzerne Macht über einen Markt, der so existenziell ist wie kein anderer und den es immer geben wird: Menschen müssen essen.

Eine Möglichkeit, um sich von dieser industriellen Agrarproduktion unabhängig zu machen, ist eigene Lebensmittel und medizinische Pflanzen anzubauen. Die Idee der Saatgutbibliothek stammt aus den USA, wo es viel gentechnisch verändertes Saatgut gibt. Mittlerweile gibt es über 500 Saatgutbibliotheken weltweit. Vorreiter in Deutschland sind die »Hamburger Bücherhallen«, die im Juni dieses Jahres eine Saatgut-

bibliothek eröffneten und vielerorts Nacheiferer fanden.

Nun werden sich auch die Städtischen Bibliotheken Dresden, genauer gesagt die Zentralbibliothek im Kulturpalast, am Aufbau einer Saatgutbibliothek beteiligen. Das Ziel ist, alte Sorten und bewährtes Saatgut zu retten und zu erhalten sowie die Pflanzenvielfalt in der Stadt zu fördern. Dafür muss es samenfestes Saatgut sein – das heißt, die Pflanzen aus dem gewonnenen Saatgut haben die gleichen Eigenschaften wie die Elternpflanzen. Hybridsamen mit der Kennzeichnung F1 oder Hybrid lassen sich nicht stabil vermehren, werden aber oft in Super- und Gartenmärkten angeboten.

Partner für dieses Projekt ist das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft. Weitere Kooperationen mit städtischen Einrichtungen und Initiativen werden derzeit erarbeitet. Der offizielle Start für das Projekt wird im Frühjahr 2021 in Form einer Saatguttauschbörse stattfinden. *Katharina Hanser*



Eine gute Sache für alle Pflanzen-, Garten- und Lebensmittelaktivist*innen.

»DIE LINKE
ist der Motor
ökologischer
Entwicklung!«

Dr. Margot Gaitzsch



MITTENBRIN

Sozialistische Schrift für Dresden

Oktober 2020



Platz für Neues

Am Haus der Begegnung tut sich was.

» Seiten 4/5

Für Beifall gibt's kein Brot

Streik muss wehtun – sonst ist er sinnlos.

Es wird wieder gestreikt. Zunächst sind es Warnstreiks an einzelnen Tagen oder über wenige Stunden. Ob daraus lange Arbeitskämpfe werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die kommunalen Arbeitgeber sich entgegenkommend zeigen oder ob sie feilschen bis aufs Letzte. Und natürlich ist Streik mit Schwierigkeiten verbunden. Die Straßenbahn kommt morgens nicht, das Kind kann nicht in der Kita abgegeben werden und die geplante Operation im Klinikum muss verschoben werden. Hatten wir das nicht vor Kurzem erst? Ja richtig – aber das war doch wegen Corona. Über viele Wochen haben wir gelernt, dass es weitaus drastischere Einschränkungen des alltäglichen Lebens geben kann als bei einem Streik. Aber muss es nun nach den Corona-Lockdown ausgerechnet in diesem Jahr noch ein Streik sein? Ein grüner Stadtrat mit linksalternativem Image fand das sehr empörend und twitterte entsprechend unverständlich.

Doch was hat der kleinbürgerliche Zeitgenosse nicht verstanden? Tarifierhöhungen gibt es im Kapitalismus leider nicht als Anerkennung für besonders gute Leistungen, dafür gibt es höchstens mal Beifall. Tarifierhöhungen gibt es leider auch nicht automatisch, wenn gerade mal genug Geld dafür da wäre. Da wird das Geld anders verbraucht. Tarifierhöhungen müssen in zähen Verhandlungen durchgesetzt werden. Und um erfolgreich verhandeln zu können, braucht man eine gute Verhandlungsposition. Angesichts des akuten Fachkräftemangels in nahezu allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, ist aber die Verhandlungsposition der Gewerkschaften nicht so schlecht, wie manche meinen. Das müssen sie nutzen. Und deshalb muss jetzt auch noch ein Streik sein. Der Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit ist immer konkret. Und deshalb ist DIE LINKE in Dresden und auf allen anderen Ebenen solidarisch mit den Streikenden.

Jens Matthias

EDITORIAL

Mit Abstand und Ansage

Nach acht Monaten coronabedingter Pause haben sich am Sonntag, den 27.09. Über 150 Genoss*innen zum Stadtparteitag im Rathaus versammelt. Aus aktuellem Anlass haben wir mit übergroßer Mehrheit ein starkes Zeichen für einen sozialen Haushalt und den Erhalt des Städtischen Klinikums gesetzt. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie dürfen nicht ungleich verteilt und unnötig verschärft werden. Die Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen und die Kürzung von Angeboten in Folge der Corona-Pandemie lehnen wir ab. DIE LINKE.Dresden bekennt sich zum Städtischen Klinikum. Die medizinische Versorgung der Dresdner Bevölkerung muss weiterhin als kommunaler Eigenbetrieb erfolgen, so wie es 2012 im Bürgerentscheid festgelegt wurde. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: öffentliche Daseinsvorsorge ist nicht rein ökonomisch zu bemessen.

Anne Holowenko

Altersarmut entwürdigt still

Die Entwertung des Lebens hat System in Deutschland und ist Teil einer bewussten Spaltung.



Katja Kipping am 23.9. im Gespräch auf der Renten-Tour am Straßburger Platz.

Die Pandemie überdeckt im Moment viele politische Themen, die aber nichts an Wichtigkeit eingebüßt haben – ganz im Gegenteil. Gerade die durch die Folgen der Pandemie schwächelnde Wirtschaft mit steigender Arbeitslosigkeit

hat natürlich auch Auswirkungen auf die Rentenkassen. Es wird höchste Zeit, endlich über ein solidarisches Rentensystem zu Potte zu kommen, für dessen Finanzierung alle erzielten Einkünfte herangezogen werden.

Allerdings ist das Problem der drohenden Altersarmut natürlich kein neues – vor allen Dingen nicht im Osten Deutschlands. Wer z.B. heute in Sachsen in den Ruhestand geht, hat sich oftmals durch Phasen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, Erwerbslosigkeit oder der beruflichen Umorientierung in den schwierigen Wendejahren gekämpft. Unter der Regierung von Gerhard Schröder (SPD) wurde ab 2000/2001 mit einer Reform die gesetzliche Rente geschwächt und das Geschäftsmodell der privaten Rentenversicherung (Riester) im Sinne des Profits für Banken und Versicherungen gestärkt. Zusätzlich wurde das Rentenniveau abgesenkt sowie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre politisch vorbereitet. Ab den Jahren 2003 kam es zudem zu Kürzungen im sozialen Bereich und zu einer nie dagewesenen Ausweitung des Billiglohnssektors, der bis heute Wirkung zeigt. Die Folge ist Altersarmut auch in Sachsen.

Die Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE an die Bundesregierung macht es manifest: 631.000 Säch-

sinnen und Sachsen müssen nach 40 Arbeitsjahren mit weniger als 1.200 Euro Rente auskommen – 314.000 davon mit weniger als 1.000 Euro. In den anderen ostdeutschen Bundesländern sieht es nicht besser aus. In aller Stille werden Lebensleistungen entwertet – arme Menschen haben kaum eine Lobby – arme Alte erst recht nicht. Als gäbe es nicht schon Spaltungstendenzen genug in der Gesellschaft, werden hier unter Verdrehung der Tatsachen und unter dem Deckmantel des Schlagwortes »Generationengerechtigkeit« Alt gegen Jung ausgespielt.

Grund genug für uns als LINKE, dass wir in den letzten Wochen über sächsische Straßen und Plätze gezogen sind, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen und für ein solidarisches Rentenkonzept zu werben. »Ein Topf für alle!« war das Motto zur Tour und ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die unermüdlich mitgeholfen haben, beim Auf- und Abbau, an Infoständen, am Lenkrad und als Ordnerinnen und Ordner vor Ort!

Katja Kipping

Hürden abbauen!

AG Bildung zur Schulgesetzänderung vom 15. Juli 2020



Die AG Bildung diskutierte die Änderungen des Schulgesetzes.

Wie leicht wiegen 50.120 Unterschriften von Menschen aus ganz Sachsen unter dem Volksantrag für längeres gemeinsames Lernen in den Augen der sächsischen Regierungskoalition? Nicht nur diese Frage bleibt nach der Schulgesetzänderung. Viele von uns haben Unterschriften mit gesammelt und aus Gesprächen vernommen, wie Teile der Bevölkerung über die Bildungsgänge an den Schulen denken. Der Volksantrag, getragen von mehreren Initiativen und Parteien, wurde in der Landtagssitzung abgelehnt. Dafür ein Koalitionsantrag angenommen. Auch die Linksfraktion stimmte dem zu, um die Gemeinschaftsschule zu ermöglichen.

Die Gemeinschaftsschule wurde im Gesetz als Schulart neben den schon bestehenden aufgenommen, jedoch hohe Hürden (verpflichtende Größenvorgaben!) zu ihrer Einrichtung aufge-

baut. Nach §7a schaffen Gemeinschaftsschulen einen einheitlichen Bildungsgang von der 1. bis zur 10. sowie bis Klassenstufe 11 u. 12 mit bindendifferenzierendem Unterricht unter Vorhaltung von Sozialarbeit.

Gemeinschaftsschulen können neu gegründet werden auf Beschluss des Schulträgers, oder durch Schulartänderung bestehender Schulen beantragt werden. In beiden Fällen ist ein Schulprogramm mit den zu erreichenden Bildungs- und Erziehungszielen bei der Schulaufsichtsbehörde vorzulegen. Bei Wechsel auf eine Gemeinschaftsschule ist keine Bildungsempfehlung notwendig. Auf unserem Treffen am 10. September einigten wir uns, die Möglichkeiten für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen in Dresden genau zu analysieren und sie zu begleiten.

Ingrid Körner

STADTPARTEITAG

Nachwahlen und Anträge zur Kommunalpolitik

Zu einem Stadtparteitag traf sich der Stadtverband der Dresdner LINKEN am 27.9. im Dresdner Rathaus. Auf der Tagesordnung standen Nachwahlen für den Stadtvorstand, sowie Anträge zur Dresdner Kommunalpolitik und der strukturellen Verbesserung der Parteiarbeit in den Stadtbezirken und Ortschaften. Außerdem wurden 22 Delegierte zum Landesparteitag der Sächsischen LINKEN für die Jahre 2021/2022 gewählt.



Eröffnungsrede unserer Bundesvorsitzenden Katja Kipping.

In den Stadtvorstand wurden Ines Finkenwirth, Heidrun Angermann, Reingard Jokisch und Robert Hennig nachgewählt. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg!

Alle Wahlergebnisse und Anträge findet ihr auf der Seite: www.dielinke-dresden.de

Die Redaktion

Die Volkssolidarität wird 75

Aus dem großen Krieg entstanden, ist sie stets dem kleinen Frieden verpflichtet.

Am 17. Oktober 1945 wurde in Dresden die Volkssolidarität als Zusammenschluss von SPD, KPD, CDU und LDPD, den beiden Landeskirchen und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund gegründet. Zentrales Anliegen war es, unter dem Motto »Volkssolidarität gegen Wintersnot!«, das Elend der Bevölkerung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu lindern. Dabei konzentrierte sich die Volkssolidarität vorrangig auf die Menschen, die am meisten unter den schweren Bedingungen des ersten Nachkriegswinters zu leiden hatten: Kinder, Alte, Kranke, Behinderte, Obdachlose, Flüchtlinge und heimkehrende Kriegsgefangene.

Ab den 1950er Jahren wandelte sich der Charakter der Volkssolidarität und ihre vorrangige Aufgabe wurde die Betreuung älterer Menschen. Es entstand in nur wenigen Jahren eine Massenorganisation, die in der Nationalen Front eingeordnet war. Zu ihren Aufgaben gehörten gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten wie Nachbarschaftshilfe und Kinderbetreuung, meist durchgeführt von sogenannten Rentnerbrigaden. Die ambulante Pflege hilfsbedürftiger älterer Menschen und deren Versorgung mit Mahlzeiten war ein wichtiger Pfeiler in der staatlichen Fürsorge der DDR. Nach der Wende wandelten sich die zahlreichen Verbandsgliederungen in eingetragene Vereine um.



Das soziale Angebot wurde erweitert und umfasst nun auch die Betreuung von chronisch Kranken, von Pflegebedürftigen, sozial Benachteiligten sowie Kindern und Jugendlichen. Die Volkssolidarität besteht aus sechs Landesverbänden und ist vorrangig in Ostdeutschland tätig.



Seit jeher Motto der Volkssolidarität: Miteinander – füreinander

Das heutige Wirken der Volkssolidarität als moderner Sozial- und Wohlfahrtsverband umfasst drei Säulen: Mitgliederarbeit, soziale Dienste und Einrichtungen sowie die Vertretung sozialer Interessen in Politik und Verbänden. Sie ist parteiunabhängig, nicht konfessionell und beruft sich auf die Grundwerte Demokratie, Menschlichkeit, Toleranz, Solidarität, Zuverlässigkeit und natürlich Gemeinnützigkeit. Die Volkssolidarität Dresden zählt derzeit 3.200 Mitglieder und über 600 ehrenamtlichen Helfer*innen, die aktive Nachbarschaftshilfe durchführen, Veranstaltungen organisieren und so für ein menschlicheres Miteinander in unserer Stadt sorgen. Die rund 700 hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und 30 Auszubildenden betreuen Angebote wie die zwölf Begegnungsstätten, Betreutes Wohnen, Sozialberatungen, versch. Fahrdienste,

Haushaltshilfen, Essen auf Rädern und Pflegeheime mit ambulanten Angeboten wie etwa Tages- und Kurzzeitpflege, Ergo- und Physiotherapie.

Die Volkssolidarität Dresden war uns stets eine verlässliche Partnerin und erleichtert uns durch ihre unkomplizierte und flexible Zusammenarbeit in vielen Stadtbezirksverbänden die ehrenamtliche politische Arbeit. Wir wünschen der Volkssolidarität auf ihrem weiteren Weg alles erdenklich Gute und freuen uns auf eine Fortsetzung der guten Kooperation insbesondere der letzten Jahre!

Hinweis: Coronabedingt muss die geplante Festwoche der Volkssolidarität leider ausfallen und wird durch mehrere kleinere Veranstaltungen ersetzt. Weitere Information unter:

<https://www.volkssoli-dresden.de/termine>

Anne Holowenko

SPENDENAUFUF

Gedanken zur Finanzierung des Wahlkampfes

Jeder freut sich über die Rentenerhöhung: Die Rentner, aber auch der Staat: Er erhöht sie, er kassiert sie aber zum Teil gleich wieder ein – als Steuern: er verwendet sie unter anderem für Bildung, aber auch für die Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Der Rentner verwendet sie für Preissteigerungen, Erhaltung seines Lebensstandards, Steuern (s.o.) und Spenden für das Gemeinwohl, Parteien, gemeinnützige Vereine und vieles mehr. Jahr für Jahr werden infolge Rentenerhöhung immer mehr Menschen zu Einkommensteuerepflichtigen, d.h. der Staat teilt sich die Rentenerhöhung mit den Rentnern, indem er bis zu 50 % der Erhöhung (gestuft nach Renteneintrittsjahren) dem Steuerpflichtigen belässt, aber den anderen Teil zurückverlangt.

Dazu regelt der Gesetzgeber im EStG §34g Nr.1, dass 50 Prozent der Spenden und Mitgliedsbeiträge als »Ermäßigung für Zuwendungen an politische Parteien« von den »zu versteuernden Einnahmen« abgesetzt werden und damit den tatsächlich zu zahlenden Betrag vermindern.

Es kommt jedoch noch besser. Für jeden gespendeten Euro erhält DIE LINKE im Rahmen der Parteienfinanzierung noch einmal 50 Cent obendrauf

– eine wichtige Stütze für die einzige Partei in der Bundesrepublik, die konsequent auf Spenden von Unternehmen und Lobbyisten verzichtet und nur Spenden von natürlichen Personen und eben keinen Aktiengesellschaften oder dergleichen akzeptiert.

Jeder 2020 gespendete Betrag spart aber nicht nur eigene Einkommenssteuer, sondern stützt vor allem unseren gemeinsamen Wahlkampf hier vor Ort. Auch Deine Spende! Rolf Klemm, Ortsverband Blasewitz



Gute linke Tradition: Mehr geben, als man muss.

Praktischer Hinweis:

Im Überweisungsträger ist die IBAN des Stadtverbandes also DE94 8505 0300 3120 1714 16 sowie ein Verwendungszweck z.B. »Spende für Bundestagswahlkampf«, »CubaSi«, »Aktionen zum 1. Mai« oder »zur allgemeinen politischen Arbeit« anzugeben. Als Nachweis gegenüber dem Finanzamt reicht bei Gesamtbeträgen innerhalb eines Jahres von bis zu 200 EUR der Kontoauszug. Bei höheren Beträgen bekommt ihr auf Nachfrage gern eine Spendenbescheinigung zum Nachweis gegenüber dem Finanzamt.

Für Rückfragen und Auskünfte steht unser Schatzmeister Norbert Engemaier unter der 0152-531 666 91 oder Norbert.Engemaier@DIELINKE-Dresden.de bereit.

Etwa ein Drittel der Ausgaben unseres Stadtverbandes werden durch Spenden der Mitglieder und Mandatsträger:innen gedeckt.

Das Heizhaus kommt weg!

Am Haus der Begegnung haben Bauarbeiten begonnen, die ersten seit 1995. Im Interview erläutern Jacqueline Muth und Tilo Kießling, was es damit auf sich hat.

Seit 1995 gibt es das Haus der Begegnung auf der Großenhainer Straße in Dresden. Das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung hatte es für den damaligen Stadtverband der Dresdner PDS notwendig gemacht, seinen Vorgänger in Strehlen aufzugeben und sich nach einem neuen Haus umzuschauen. Nicht einfach, denn die Immobilienpreise waren schon damals exorbitant im Nachwende-Dresden. Gefunden wurde das heutige Haus, baulich eher ein Abrisskandidat, in Pieschen. Über einen Förderverein, in den viele Genossinnen und Genossen Darlehen einlegten, wurde der alte, geschichtsträchtige Gasthof mit Ballsaal saniert, eine Kneipe eingebaut, der Jugendverein Roter Baum errichtete aus einem Nebengebäude im Hof ein Jugendhaus – und eine bis heute währende Geschichte linker Stadtkultur nahm ihren Lauf.

Nun wird wieder gebaut, am HdB – diesmal betrifft es die lange als Lager genutzten Nebengebäude an der Zeithainer Straße, das alte Heizhaus – und wieder ist es der Rote Baum, der die Idee hatte, das baufällige Gemäuer durch etwas neues zu ersetzen. Zeit, ein paar Fragen an Tilo Kießling und Jacqueline Muth zu stellen, die gemeinsam mit dem Förderverein »Haus der Begegnung« die Sache angeschoben haben.



Gewonnen, ohne gespielt zu haben: Jacqueline Muth und Tilo Kießling mit dem Sponsorschild der Fernsehlotterie.

Was wird denn eigentlich gebaut, was kommt weg?

Jacqueline Muth: Auslöser war ein Gespräch vor etwa zwei Jahren. Es ging um die Fahrradwerkstatt vom Roten Baum. Die war ja kein richtiger Raum sondern ein Überseecontainer, der schon seit vielen Jahren genutzt wurde, zuerst als Buchladen, dann eben als Werkstatt. Der alte Container hat gute Dienste geleistet und war schon ganz schön durch und so regnete es schon seit Monaten in die Werkstatt rein, was kein Zustand

war. So wollten wir zuerst den Container durch einen Festbau ersetzen. Doch schon bald kam der Gedanke, dass das gesamte Lagergebäude – das Heizhaus – dringend renovierungsbedürftig ist. Also fingen wir an, unsere Idee größer zu denken und Tilo hat dann überlegt, wie wir das nötige Geld dafür aufreiben könnten.

Und woher kommt das Geld dafür?

Tilo Kießling: Wir bekommen für diesen Umbau einen Teil des Geldes vom

Dresdner Stadtplanungsamt (das sind EFRE-Fördermittel) und einen zweiten Teil von der Stiftung Deutsches Hilfswerk, das sind Gelder der ARD-Fernsehlotterie. Ein Eigenanteil von 40.000 Euro stammt vom Förderverein »Haus der Begegnung«. Für alles, was darüber hinausgeht, müssen wir beim Roten Baum in die eigene Tasche greifen. Die ist natürlich ziemlich leer, deshalb sind Spenden herzlich willkommen.

Wer soll den Neubau denn künftig nutzen?

Jacqueline Muth: Der geförderte Zweck ist die Armutsbekämpfung durch eine Vergrößerung der sozialpädagogischen Nutzfläche. Wir können mehr Lagerfläche für den Roten Baum schaffen, die dann im eigentlichen Jugendhaus frei wird und anders genutzt werden kann. Zusätzlich dazu wird aber auch ein neuer Multifunktionsraum entstehen. Dieser steht dann dem Jugendhaus »Roter Baum« tatsächlich als Erweiterung der sozialpädagogischen Nutzfläche zur Verfügung. Ob dann dort Werkstätten oder ein Versammlungsraum eingerichtet wird, ist noch offen und wird dann mit den Sozialarbeitern gemeinsam überlegt werden.

Tilo Kießling: Besonders gespannt bin ich auf die beiden Terrassenflächen, die ganz neu entstehen werden. Wir haben

versucht den Bau so zu planen, dass möglichst viel für jedermann begehbarer Raum entsteht. Das Gesamtgrundstück, auf dem das Haus der Begegnung steht, ist ja nicht sehr groß und es soll möglichst wenig Fläche verschenkt werden.

Leider mussten wir eine der drei Linden fällen, um die wir bis zuletzt gekämpft haben. Das lag aber gar nicht direkt an der Baumaßnahme sondern daran, dass diese vollkommen krank und ausgehöhlt war und nicht mehr sicher stand.

Werden denn auch die anderen Nutzer:innen des Hauses etwas von der Baumaßnahme des Roten Baums haben?

Tilo Kießling: Schon jetzt arbeiten die Nutzer:innen des Hauses der Begegnung ja sehr partnerschaftlich zusammen. So wird das auch in Zukunft sein – wenn jemand für seine Zwecke etwas braucht, helfen alle anderen aus. Mit Hilfsbereitschaft, mit Räumen, mit Materialien. Und dieses Geben und Nehmen wird natürlich noch besser funktionieren, wenn insgesamt mehr Raum zur Verfügung steht.

Jacqueline Muth: Ein großer Vorteil für alle werden beispielsweise zwei Garagentore am Lagerhaus sein. So können dann gelagerte Materialien viel be-



Das alte Gemäuer kurz vor dem Abriss.

quemer als bisher abgeholt werden, weil der Zugang direkt von der Straße aus möglich sein wird.

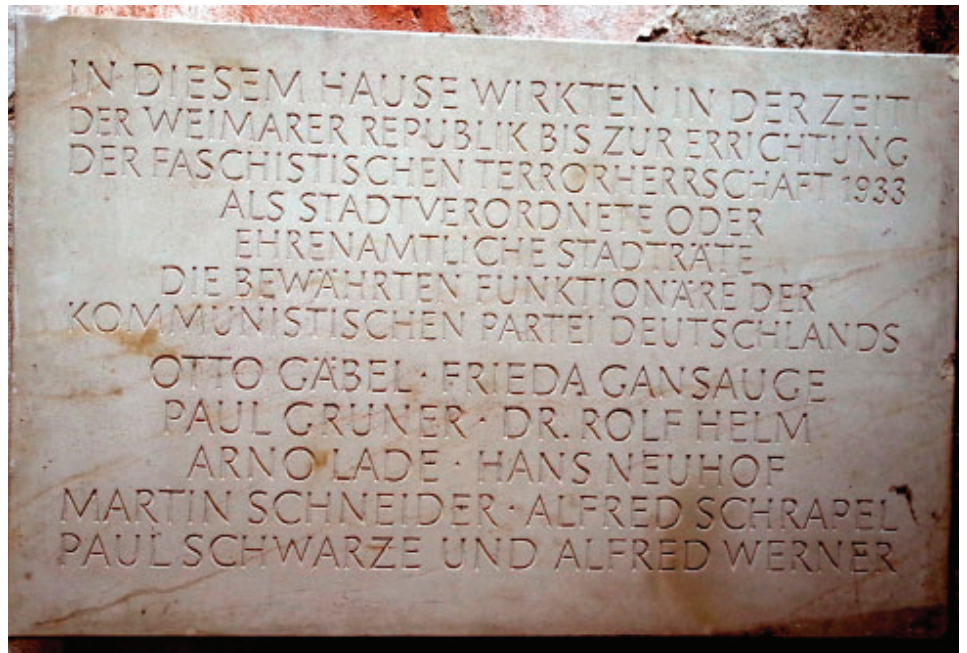
Wie schon bei den vergangenen Wahlkämpfen wird der Stadtverband aber für Plakate und anderes Material zeitweise weitere Flächen im Hof benötigen. Dafür wird dann in Zukunft genügend Platz zur Verfügung stehen.

Wie lange sollen die Umbauarbeiten dauern?

Jacqueline Muth: Geplant ist die Neueröffnung im Juni 2021. Besonders beeilen müssen und wollen wir uns aus zwei Gründen. Erstens sind die Fördermittel an knappe Fristen gebunden. Zum Zweiten steht der Bundestagswahlkampf bevor und der soll in vollem Umfang möglich sein, eine Baustelle auf dem Gelände ist dabei hinderlich. Trotzdem werden Innenausbauten vermutlich noch in die Wahlkampfzeit fallen. Das lässt sich leider nicht vermeiden.

Wie kann man das Projekt als Ganzes wirksam unterstützen?

Jacqueline Muth: Die Mittel aus Förderung und Eigenanteil reichen im Grunde nur für einen leeren Raum mit Licht. Ich könnte mir vorstellen, dass zum Beispiel ein kleiner Aufzug den Transport von schweren Kisten ins Obergeschoss erleichtern kann. Der ist aber nicht in den Baukosten enthalten, auch nicht Regale, Wandfarbe usw. Die Genoss:innen können mit Geldspenden für den Innenausbau unterstützen. Denkbar ist auch die praktische Unterstützung beim Innenausbau, denn den realisieren wir aus Kostengründen in Eigenleistung. Wer kann zum Beispiel Lampen und Steckdosen installieren, wer kann und will die Wände weiß streichen? Darauf freue ich mich eigentlich schon,



Fundstück aus dem alten Heizhaus. Wer kann sagen, ob die Tafel jemals am oder im Rathaus hing? Und wenn ja – wo?

denn gemeinsame Bauprojekte schweißen auch zusammen. Sogar jetzt schon haben einige Genossinnen und Genossen tatkräftig mit angepackt, haben beim Beräumen der Lager und den Bauvorbereitungen geholfen. Ihnen möchte ich an dieser Stelle herzlich Danke sagen!

Tilo Kießling: Dem Dank schließe ich mich gern an. Und wenn Jacqueline als handwerklich viel begabtere Person ein paar einfache Aufgaben zuweist, könnt ihr mich im nächsten Jahr sicher auch einmal mit Hammer oder Schraubenzieher sehen.

Die Fragen stellte Uwe Schaarschmidt

Für ein Leben ohne Existenzangst

Europäische Bürgerinitiative zum Grundeinkommen ist gestartet.



Aktivist*innen in 23 EU-Ländern starteten am 25. September die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu bedingungslosen Grundeinkommen in der EU. Sie wollen, dass in allen EU-Ländern ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wird. Es soll alle Menschen vor Armut schützen und regionale Ungleichheiten in der EU minimieren, also ein Beitrag zu einer sozialen und gerechten EU sein.

In Deutschland haben sich 23 Organisationen, Netzwerke und Initiativen zu einem Kampagnenbündnis zusammengeschlossen. Sie alle streben an, dass in Deutschland mindestens 300.000 Unterzeichnungen während der ein Jahr dauernden Unterzeichnungsfrist erreicht werden. Schön wäre es, wenn aus Dresden – dem Geburtsort der jungen politischen Grund-

Ronald Blaschke ist derzeit Netzwerkrat beim Netzwerk Grundeinkommen. Er ist zudem Mitgründer des europäischen Netzwerks »Unconditional Basic Income Europe« (UBIE), Koordinator der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) »Grundeinkommen für Deutschland« und stellv. Repräsentant der EBI-Organisator*innengruppe auf EU-Ebene.

Die Mitzeichnung der Europäischen Bürgerinitiative zum bedingungslosen Grundeinkommen in der EU ist unter www.ebi-grundeinkommen.de möglich. Dort finden sich auch weitere Informationen, Materialien und eine Spendenmöglichkeit zur Unterstützung der Bürgerinitiative.

einkommensbewegung in Deutschland – besonders viele Unterzeichnungen und Kampagnenideen kämen. Auf EU-Ebene sind mindestens eine Million Unterschriften nötig, damit die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sich mit dem Anliegen der Bürger*innen auseinandersetzen müssen. In diesem Falle werden die Aktivist*innen zu Anhörungen in die Europäische Kommission und das Europäische Parlament eingeladen. Kommission und Parlament müssen eigene Positionen zum Grundeinkommen erarbeiten, bestenfalls gemeinsame politische Aktivitäten pro Grundeinkommen beschließen.

Dabei steht die Sache nicht schlecht, denn EU-Gremien haben schon mehrere Resolutionen, Papiere und Erklärungen mit positivem Bezug zum Grundeinkommen verabschiedet. Nun müssen den Worten aber auf EU-Ebene endlich Taten folgen. Die Aktivist*innen wollen nicht nur den politischen Kampf für ein Grundeinkommen auf Länder-Ebene führen, sondern auch die Politik in ihrem Land mit mehr Druck aus den EU-Gremien konfrontieren – damit sich endlich auch etwas in den Ländern in Richtung Grundeinkommen bewegt.

Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative ist sicher nicht das Mittel der Wahl, um die Interessen der Bürger*innen auf EU-Ebene durchzusetzen. Eine grundlegende Demokratisierung der EU tut bitter Not. Aber es ist eine gute Möglichkeit, das Grundeinkommen stärker in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu bringen. Außerdem werden zivilgesellschaftliche Netzwerke und Initiativen fürs Grundeinkommen auf der Ebene der einzelnen Länder als auch EU-weit durch die gemeinsame einjährige Kampagnenarbeit gestärkt wie die weltweite Grundeinkommensbewegung.

Ronald Blaschke

IMPULSE

AG Ökologie startet wieder

Dresden schafft mehr Trinkbrunnen für Menschen und Tiere. Dresden führt die autofreie Äußere Neustadt ein. Dresden sorgt für ausreichend Hundefreilaufflächen im gesamten Stadtgebiet. Dresden erhöht die Anzahl der Altpapiercontainer.

Dies alles sind keine Zustände, sondern Zitate aus dem LINKEN Kommunalwahlprogramm von 2019. Unsere Fraktion im Dresdner Stadtrat geht in ihrer alltäglichen Arbeit viele dieser Themen bereits an, aber Aufgabe der LINKEN Dresden ist es, als Partei Impulsgeberin und Motor für eine ökolo-

gische Entwicklung in unserer Stadt zu sein.

Kristin Hofmann aus der Stadtgeschäftsstelle sowie dem Stadtbezirksverband Loschwitz und ich, Margot Gaitzsch, möchten gern die AG Ökologie wiederbeleben, deren Arbeit in den vergangenen Monaten brach lag. Aber einer jungen, modernen und ökologischen Partei wie der unseren steht es gut zu Gesicht, kontinuierlich an dem Thema Ökologie dran zu bleiben und gemeinsam Ideen zu entwickeln. Es wird sowohl um Aktionen in der gesamten Stadt, als auch vor Ort in den Stadtbezirksverbänden gehen. Außerdem brau-

chen wir immer wieder geeignete Kleinwerbmittel um den Zusammenhang von Sozialem und einer gesunden Stadt deutlich zu machen.

Kurzum: Wir laden herzlich für den 12.10. ab 18:00 Uhr ins Haus der Begegnung ein. Bei der Jahreszeit angemessenen Getränken wollen wir uns darüber verständigen, wie eine gemeinsame Arbeit, ein Sitzungsrythmus und eine Zusammenarbeit mit der Fraktion aussehen können.

Wer mitmachen will, kann sich im Vorfeld gern in der Geschäftsstelle melden, das hilft planen. Wir sorgen für genügend Teewasser. Dr. Margot Gaitzsch



Zarte Pflänzlein – starke Ziele: AG Ökologie.

SEPTEMBER/OKTOBER

Termine und Veranstaltungen

Zur Situation in Syrien

◄ 10. Oktober, 10:00 Uhr,
Drogenmühle Heidenau,
Dresdner Str. 26

Treffen DIE LINKE Blasewitz

◄ 12. Oktober, 18:00 Uhr,
Volkssolidarität, Breitenauer Straße 17

Treffen Kommunistische Plattform

◄ Jeden zweiten Mittwoch
Haus der Begegnung,
Großenhainer Str. 93

Treffen der AG Ökologie

◄ 12. Oktober, 18:00 Uhr,
Haus der Begegnung,
Großenhainer Straße 93
Infostand in Plauen
auf dem Münchner Platz
◄ 14. Oktober, 07:15 bis 08:30 Uhr

Mitgliederversammlung SBV West

◄ 17. Oktober, 10:00 bis 12:30 Uhr,
Haus der Begegnung,
Großenhainer Straße 93

Stammtisch DIE LINKE Prohlis

◄ 19. Oktober, 18:00 Uhr,
Querformat e.V., Herzberger Straße 6

Katja Kipping in Dresden

◄ 20. Oktober
12:30 - 14:00 Rotes Wohnzimmer
am Konsum, Johannstadt, Pfotenhauer Str.
15:00 - 16:30 Infostand Pirnaischer Platz

Sozialberatung im Haus der Begegnung

Geschäftsstelle Die Linke,
Großenhainer Str. 93, nur
nach vorheriger Anmeldung
per E-Mail kontakt@dielinke-
dresden.de oder per Telefon
0351/8583801.

Mitgliederversammlung SV Nord
zum Thema Krankenhäuser

◄ 21. Oktober, 19:00 Uhr,
Volkssolidarität Putbuser Weg
Putbuser Weg 18

Herz statt Hetze – Demonstration

◄ 25. Oktober, Infos: www.hsh-dresden.de

Treffen der LINKEN Loschwitz

◄ 28. Oktober, 16:00 Uhr Cafe Luk,
Grundstraße 174

Verkehr am Elbhänge –
Fraktion im Gespräch

◄ 28. Oktober
18:00 Uhr offene Bürgersprechstunde
19:00 Uhr Veranstaltungsbeginn,
Café Luk, Grundstraße 174

VA vom Rotfuchs:

3. Dresdner Friedenspodium
◄ 29. Oktober 19:00 Uhr,
Drogenmühle Heidenau,
Dresdner Str. 26

Treffen AG DIE NEUE mit Susanne
Schaper, Landesvorsitzende LV Sachsen

◄ 03. November, 18:30 Uhr,
Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93

VA vom Rotfuchs:

»Meinst Du, die Russen wollen Krieg?!«
◄ 07. November, 10:00 Uhr
Drogenmühle Heidenau, Dresdner Str. 26

Treffen DIE LINKE Blasewitz

◄ 09. November, 18:00 Uhr,
Breitenauer Straße 17, Volkssolidarität

Sitzung des Ältestenrates

◄ 10. November, 09:30 Uhr,
Haus der Begegnung, Großenhainer Str 93

Infostand am Münchner Platz
mit Anne Holowenko

◄ 11. November, 07:30 bis 09:00 Uhr

Sitzung des Stadtvorstandes

◄ 12. November, 18:00 Uhr WIR AG,
Martin-Luther-Straße 21

Stammtisch DIE LINKE Prohlis

◄ 16. November, 18:00 Uhr,
Querformat e.V. Herzberger Straße 6



Cuba Si/ DIE LINKE Dresden
IBAN: DE 93 8505 0300 3120 1830 74
Verwendungszweck:
»Milch für Kubas Kinder«

Zwischenruf

Zum Beitrag über die Kabarettistin Lisa Eckhart in der letzten Zeitungsausgabe

Henryk M. Broder hätte es sich wohl nicht träumen lassen, dass ausgerechnet er, der gewöhnlich hinter jedem Halbmond am Nachthimmel das Grinsen Julius Streichers zu erkennen meint, einst in die Bredouille käme, eine Österreicherin gegen den Vorwurf des Antisemitismus

verteidigen zu müssen. Es ist wirklich zum Piepen. Dass da jenseits der »Ladies Night« eine Kabarettistin im Fernsehen auftaucht, der es um mehr geht, als um Witze über Menopause, Hallux Valgus oder nicht weggespülte Sackhaare in der Duschtasse, wäre ja tatsächlich mal ein Grund, sich freudig aus der Resignation zu wühlen, welche die

weitgehende Ersetzung des Kabarets durch die Comedy hinterlassen hat.

Und dann das: Die Persiflage antisemitischer Klischees wird zum Antisemitismus umgewandelt, die satirische Auseinandersetzung mit moralistischer wie auch politischer Prüderie als frauenfeindlich denunziert, um vielleicht am Ende die ganze Kunstfigur in einer

Art Reichskulturkammer wegsperren zu können. Wie nah sich ein solch zensorisches Wüten methodisch am angeordneten kulturpolitischen Kehraus der sonst so fernen AfD befindet, spielt offensichtlich dann keine Rolle, wenn man verzweifelt nach halbwegs Struktur im Selbstbild sucht.

Uwe Schaarschmidt

Verkehrswende im Test

Die Vision einer autofreien Stadt wurde in der Neustadt erlebbar gemacht.

Am 19. September konnte auf dem Martin-Luther-Platz ein kleiner Eindruck davon gewonnen werden, wie die Vision einer autofreien Neustadt in der Realität aussehen könnte: Das Bündnis »Verkehrswende Dresden« hatte zu diesem Samstag eine Dauerkundgebung auf dem gesamten Martin-Luther-Platz angemeldet, dieser war von 10 bis 20 Uhr für den Autoverkehr gesperrt. Anlass für die Veranstaltung war die Forderung der Verkehrswende nach einem Entscheid zum Wohle nachhaltiger Mobilität mit ÖPNV, Rad und zu Fuß. Neben einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema wurden die autofreien Straßen auf vielfältige kreative Weisen genutzt: es fanden Fahrraddenrennen statt und eine Fahrradwerkstatt wurde eingerichtet, andere genossen einfach in Liegestühlen die Sonne und Ruhe – dabei wurde natürlich immer genug Platz für Rettungswegen gelassen.

Eindrucksvolles Rechenbeispiel

Auch wir als linksjugend Dresden haben uns an der Aktion beteiligt: vor der Wir AG haben wir ein »Wohnzimmer« eingerichtet, es konnte auf Liegestühlen und Sofas entspannt werden und Gespräche zum Thema geführt werden. Aber die linksjugend wäre nicht die linksjugend, wenn sie sich mit Gesprächen und dem Verteilen von Infomaterial zufriedengäbe – zusätzlich haben wir einen riesigen Würfel mit einem Volumen von 12 Kubikmetern (Seitenlänge von 2,30 Meter) gebaut. Das entspricht



Schönes Wetter, schön freie Straßen. Gelungenes Experiment.

dem CO₂ Ausstoß der Stadt Dresden in einer zehntel Sekunde. So konnten wir das Ausmaß der Umweltverschmutzung in Dresden bildlich darstellen und begreifbar machen. Der Würfel hat viele Gespräche mit Passant*innen angestoßen, die teilweise von dem heimlichen Ausmaß der CO₂-Ausstöße überrascht waren. Um nicht nur auf Probleme hinzuweisen haben wir außerdem einen 30 Meter langen Radweg auf der Straße ausgerollt, um zu zeigen, wie viel Platz für Radfahrer*innen auf den Straßen wäre, wenn diese nicht durch Autos befahren würden – viele Radler*innen waren begeistert von unserem Radweg, haben ihn zum Beispiel

für Wettrennen genutzt und uns wiederholt rückgemeldet, wie schön es wäre, wenn es immer so viel Platz fürs Rad gäbe.

Projekt soll erweitert werden

Der Tag war ein voller Erfolg und hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, sich weiterhin für eine langfristig autofreie Neustadt einzusetzen, eine Verringerung des CO₂ Ausstoßes und sichere Radwege zu erreichen. Neben dem Aufzeigens, wie viel Platz denn für Radfahrende auf den Straßen vorhanden wäre ohne Autos, kann der Radweg auch genutzt wer-

den, um an vielbefahrenen Straßen, an denen es keinen Radweg gibt, eine sichere Strecke für Radfahrer*innen zu schaffen. Als linksjugend spielt das Thema Mobilität für uns eine große Rolle in unserer politischen Arbeit, vor allem, da wir es als ein kommunalpolitisches Thema stadtwweit ins Spiel bringen können. Wir planen unabhängig von Aktionstagen mit dem CO₂ Würfel und dem moilen Radweg in ganz Dresden Aktionen durchzuführen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Umsetzung der »Woche des guten Lebens« ein, in welcher das Projekt der autofreien Neustadt für eine Woche mit eingeplant ist.

Annina Hermes

Queer Solidarity - Queere Solidarität

Dresdner Linksjugend beteiligt sich am Christopher-Street-Day

Nachdem der Christopher-Street-Day in Dresden in seiner üblichen Form im Juni ausfallen musste, wurde dieser nun letzten September nachgeholt. Am Aktionstag selber beteiligten wir uns als

linksjugend gemeinsam mit der Partei beim Straßenfest. Doch bevor wir uns den tausenden Teilnehmenden stellen sollten, zeigten wir am Freitag vor dem Christopher-Street-Day im Gärtjen die

Dokumentation »The Life and Death of Marsha P. Johnson« (in Deutsch: Das Leben und der Tod von Marsha P. Johnson) Dieser behandelt die Anfänge und den mysteriöse Tod der bekanntesten Kämpfer*innen für LGBTTIQ*. Sie gilt als Leitfigur der Kämpfe um das Stonewall Inn in der Christopher Street 1969 in New York, die Stonewall Riots sind der Ursprung des Christopher Street Day. Der Aktionstag begann mit dem Hissen der Regenbogenfahne vor dem Rathaus: dies ermöglichte der Stadtrat, eingebracht von Leo Lentz und vor 3 Jahren schon – illegalerweise – gehisst vom heutigen Stadtrat Chris Colditz. Ein Demozug des CSD machte sich später Richtung Alaunpark auf, wo wir schon warteten. Neben Merchandise und Aufklebern haben wir ein großes Banner anfertigen lassen, vor diesen

konnten sich Menschen mit Forderung auf Russisch, Polnisch, Türkisch, Ungarisch und Englisch fotografieren lassen, um es später über social media zu posten, damit die Forderung nach queerer Solidarität in der breite Gesellschaft geteilt werden kann. Die verschiedenen Sprachen sollen auf die katastrophalen Bedingungen von queeren Menschen in Russland, Polen, Türkei und Ungarn hinweisen. Zuletzt wurden in Polen LGBTTIQ*- freie Städte eingerichtet, in Russland eine Aktivistin ermordet und in Ungarn die Rechte von Trans-Personen beschnitten beziehungsweise völlig aberkannt.

Auch, wenn diese Probleme nicht alle Menschen direkt betreffen, muss es unsere Aufgabe sein diese Menschen zu beschützen. Es ist unsere Verpflichtung als LINKE!

Florian Berndt



Christopher-Street-Day: Mehrsprachig gegen Ausgrenzung.

Moria 2.0 droht!

Geflüchtete brauchen Vieles – aber keine Symbolpolitik.



Zelte hinter Stacheldraht auf Lesbos – das neue Winterquartier für tausende Menschen.

Und dann ging es schnell, alles stehen und liegen lassen, packen, losfahren, Einreiseformular ausfüllen, Masken kaufen. Wir, mein*e Assistent*in Leo und ich, waren Teil einer ad hoc-Delegation der GUE/NGL. Neun Abgeordnete aus Griechenland, Spanien, Baskenland, Schweden, Portugal und Deutschland fuhren kurzentschlossen nach Lesbos. Im Handumdrehen stampften unsere Syriza-Genoss*innen die Agenda für unseren Lesbos-Besuch aus dem Boden.

Nach dem großen Brand in Moria waren Tausende Menschen in die Berge geflüchtet, froh, aus Moria wegzukommen. Als wir Moria besuchten, sahen wir eine riesige abgebrannte Stadt, ein Elendslager aus Zeltresten, Wellblech und massenhaft Stacheldraht. Die Hoffnung vieler Migrant*innen, Lesbos verlassen zu können, zerstoß mit dem Bau eines ähnlichen Lagers ein paar Kilometer weiter in Kara Tepe. Auch dieses Lager machte uns fassungslos. Ausgelegt für 10.000

Menschen droht es noch schlimmer zu werden als Moria. Auf einem ehemaligen Munitionsplatz auf Steinen errichtet liegt es nahe dem Meer, das im Winter das Land überschwemmt. Mit Stacheldraht sind Terrains abgegrenzt für »die Afghanen«, andere Nationalitäten, »einzelne Männer«. Wer aufgrund von COVID 19 in Quarantäne ist, wird

»Europa verhält sich menschenfeindlich.«

wie ein Zootier hinter Stacheldraht, auf Schutt und Sand »gehalten«, hat kein fließendes Wasser, zu wenig Essen. Alles sei nur vorübergehend, für maximal sechs Monate, heißt es. Doch im Winter, bei Regen und Kälte, Schnee und Eis muss es furchtbar werden.

Wer die Menschen aus dieser Situation nicht »befreit«, um »keine falschen Anreize« für Migrant*innen zu schaffen, handelt menschenfeindlich. Daran ändert auch nichts, dass Deutschland 1553 anerkannte Flüchtlinge von den griechischen Inseln aufnimmt. Denn diese hätten längst in der EU aufgenommen sein müssen.

Die Menschen müssen evakuiert und die Hotspots geschlossen werden. Ich finde gut, dass die Länderregierungen, in denen die LINKE mitregiert, dazu bereit sind. Nicht gut ist, dass dies die einzigen Bundesländer sind, die so handeln. Die Grünen regieren in elf Ländern mit. Sie sollten sich nicht nur mit Appellen an Seehofer begnügen. Geflüchtete brauchen mehr als Symbolpolitik. Wir brauchen endlich eine humane und faire Asylpolitik. #WirHabenPlatz!

Link zum ausführlichen Bericht:
<http://gleft.de/45N> *Cornelia Ernst*

HERZ STATT HETZE

Stadtparteitag beschließt Unterstützung der Kundgebung

»Herz statt Hetze«

Demozüge plus Kundgebung am 25. Oktober 2020

Der genaue Ablauf der Routen wird über den Newsletter und die Homepage hsh-dresden.de bekannt gegeben.

Zu einer kraftvollen Demonstration demokratischer Kräfte für eine antirassistische, weltoffene und solidarische Stadtgesellschaft hat »Herz statt Hetze« für den 25.10.2020 aufgerufen. Mit diesem offenen Konzept soll es gelingen, möglichst viele Menschen auf die Straße zu bringen und dabei vor allem auch jene Menschen anzusprechen, die sonst an den Monta-

gen eher schweigen, wenn PEGIDA ihre menschenverachtende Ideologie auf die Straße trägt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Stadtparteitages der LINKEN, Dresden unterstützen den Aufruf von »Herz statt Hetze« und erklären, dass sie aktiv zum Erfolg der Veranstaltung beitragen werden. Sie rufen die demokratische Stadtgesellschaft auf, dies auch zu tun. *Die Redaktion*

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE, Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

V.i.S.d.P.

Uwe Schaarschmidt

Kontakt

Telefon: 0351/8583801
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Autor*innen dieser Ausgabe:

Anne Holowenko, Jens Matthis, Rolf Klemm, Ronald Blaschke, Uwe Schaarschmidt, Katja Kipping, Ingrid Körner, Dr. Margot Gaitzsch, Dr. Cornelia Ernst, Tilo Kießling, Jacqueline Muth, Annina Hermes, Florian Berndt

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise (Seite)

Uwe Schaarschmidt(1,2,4,5), Frank Grätz(1), AG Bildung(2), Anaterate/pixabay.com(3), Wikimedia Commons(3), M.Großman/pixelio.de(3), Fiona Krakenbürger(5), Florian Berndt(7), Cornelia Ernst(8)

Gestaltung und Satz

Norbert Engemaier

Druck

LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 6500 Exemplaren gedruckt. Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss

29.9.2020

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 12.11.2020

Unterstützung

Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.

Spendenkonto:

DIE LINKE, Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120
1714 16
Ostsächsische Sparkasse
Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

SOZIALES

Nach unten treten und nach oben buckeln

Dies wäre zumindest mal ein ehrlicher Wahlkampfslogan, für die sogenannte »Alternative für Deutschland«. Diese neofaschistische Partei beweist immer wieder, dass sie Politik gegen Menschengruppen macht, die gesellschaftlich schlechter gestellt sind. Egal ob Hartz-IV-Empfänger*innen, Arbeiter*innen oder Geflüchtete. Alle, die nicht Teil einer privilegierten Gruppe sind, bekommen ihr Fett weg. Hartz-IV-Empfänger*innen sollen Zwangsarbeit leisten und den Arbeiter*innen soll der Mindestlohn gestrichen werden und dazu auch noch die gesetzliche Rente. Und Geflüchtete? Neben Abschiebefantasien versucht die AfD ihnen auch das Leben im Kleinen schwer zu machen. Sie hat durch eine Anfrage an die Verwaltung herausgefunden, dass bei Geflüchteten die durchschnittliche Betriebskostenhöhe doppelt so hoch ist (5,16€/m²) wie beim Dresdner Durchschnitt (2,24€/m²). Das sei dem »Steuerzahler nicht vermittelbar und nicht legitim«. Aber woran könnte das nur liegen? In einer Wohnung für Geflüchtete leben in der Regel mehr Menschen als in einem Dresdner Durchschnittshaushalt. Mehr Menschen verursachen höhere Kosten. Auch ist klar, dass Menschen, die einen Großteil der Zeit Zuhause verbringen, weil sie beispielsweise



In solchen Wohnungen werden Geflüchtete auf zu engem Raum untergebracht.

se nicht arbeiten dürfen, einen höheren Verbrauch haben, als Menschen, die täglich mehrere Stunden täglich arbeiten. Weiter kommt hinzu, dass die meisten Wohnungen für Geflüchtete bei der VONOVIA angemietet und diese nicht gerade für ehrliche Betriebskostenrechnungen bekannt sind.

Die Hetze findet eben auch im Kleinen statt, um weiter die Schwächsten der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Wir werden diese Versuche weiterhin entlarven und uns nach wie vor für alle einsetzen, die keine große Lobby haben. *Christopher Colditz*

Neuer Mietspiegel für Dresden

Derzeit wird der Mietspiegel für 2021 erstellt, dafür wurden über 4 000 repräsentativ ausgewählte Haushalte befragt.



Der Mietspiegel hat vor allem Auswirkungen, wenn eine Wohnung neu vermietet wird, auch hier in Dresden-Zschertnitz.

Der neue Mietspiegel greift eine Gesetzesänderung zum Berechnungszeitraum auf – vorausgesetzt, der Stadtrat stimmt der entsprechenden Vorlage unserer Sozialbürgermeisterin zu. So flossen bisher in die Berechnung nur diejenigen Mieten ein, die innerhalb der letzten vier Jahre verändert wurden – was nahezu ausnahmslos Mieterhöhungen waren – oder neu vermietete Wohnungen. Alle anderen Mieten, die sich innerhalb der letzten vier Jahre nicht erhöhten, blieben außen vor. Der Mietspiegel ist daher kein Durchschnitt aller Mieten, sondern per Definition ein Durchschnitt aller neuen Mieten, die in der Regel deutlich höher sind als Mieten in lange bestehenden Mietverhältnissen. So ist auch eine kontinuierliche Steigerung des Mietspiegels zu verzeichnen. In Dresden ist innerhalb der letzten zwei Jahre die Netto-Kaltmiete je m² Wohnfläche im Durchschnitt von 6,09 Euro auf 6,48 Euro gestiegen, das einer Steigerung von 6,4 % entspricht.

Der Mietspiegel ist für Mieter*innen von zentraler Bedeutung, denn er kann als Grundlage für Mieterhöhungen dienen, sofern die gezahlte Miete unterhalb des Spiegels liegt. Ein kontinuierlicher Anstieg des Mietspiegels wirkt sich somit preistreibend auf die gesam-

ten Mieten der Stadt aus. Um diesen stetigen Aufwärtstrend zu bremsen, fordern wir schon seit Jahren, dass alle Mieten in die Berechnung einfließen und nicht nur die innerhalb der letzten Jahre veränderten. So würde der Mietspiegel den korrekten Durchschnitt abbilden und der Anstieg des durchschnittlichen Mietpreises massiv verlangsamt.

Diese Forderung ist leider nicht erfüllt worden. Die aktuelle gesetzliche Änderung, nämlich eine Erweiterung des Betrachtungsraumes für die ortsübliche Vergleichsmiete von vier auf sechs Jahren, ist ein Ergebnis des auf Bundesebene im Jahr 2018 durchgeführten Wohngipfels. Immerhin etwas! Aber insgesamt ist es enttäuschend, dass der Gipfel nicht mehr für die Mieter*innen rausgeholt hat.

Die Verlängerung des Zeitraums wird den Anstieg des Mietspiegels schätzungsweise um 1 bis 2 Prozentpunkte dämpfen. Besser als nichts. Im Stadtrat werden wir dieser zumindest kleinen Verbesserung für die Mieter*innen auf jeden Fall zustimmen und auch weiterhin unser kommunal wirkungsvollstes Mittel gegen den Anstieg der Mieten, nämlich den sozialen Wohnungsbau der WiD, weiter voranbringen. *Pia Barkow*

STÄDTISCHES KLINIKUM

Zukunftskonzept für das Städtische Klinikum entsteht

In der Anhörung des Gesundheitsausschusses am 16. September 2020 hat die Betriebsleitung des Städtischen Klinikums Dresden erstmals ihre Pläne zur Weiterentwicklung des Eigenbetriebs öffentlich vorgestellt. Damit ist die fachpolitische Debatte über dieses wichtige Thema kommunaler Daseinsfürsorge eröffnet. Die Mehrzahl der von den Fraktionen benannten Experten mahnte in der Anhörung an, im Zukunftskonzept die Perspektive der Patient*innen und der Mitarbeiter*innen umfassend zu beleuchten und die Belegschaft in die Planung einzubeziehen. Zwei weitere Hausaufgaben gaben sie dem Kaufmännischen Direktor: Welche konkreten Annahmen liegen den Planungen zugrunde? Inwieweit können stationäre Betten in Neustadt/Trachau erhalten bleiben? Das Begleiteteam diskutierte diese Fragen in seiner letzten Sitzung am 8. Oktober. Danach gibt es am 11. November einen Abschlussbericht an den Betriebsausschuss. Auf dieser Grundlage erarbeitet die Verwaltung eine Ratsvorlage. Voraussichtlich im Dezember befasst sich der Betrieb-



Blick auf den Neustädter Teil des Städtischen Klinikums.

schaftsausschuss in erster Lesung mit dem Zukunftskonzept des Städtischen Klinikums. Das Votum des Stadtrats wird Anfang 2021 erwartet. *Die Redaktion*

RADVERKEHR

Für mehr Sicherheit

Der Radverkehr macht einen beträchtlichen Teil des Mobilitätsaufkommens in Dresden aus und ist aufgrund seines geringen Flächenbedarfs und der niedrigen Emissionswerte unverzichtbar für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung. Ein Blick auf die Verkehrsunfallstatistik zeigt, dass es nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes Zeit für eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik in unserer Stadt ist. Zwar ging die Zahl der Unfälle mit Fahrradbeteiligung im letzten Jahr leicht zurück, allerdings stieg die Zahl der schwerverletzten und getöteten Personen. Insgesamt kamen im Dresdner Stadtgebiet 1206 Radfahrer*innen zu Schaden. Fehler beim Ab- und Einbiegen stellen bei Radverkehrsunfällen mit Abstand die häufigste Unfallursache dar. Aber auch zu geringer Sicherheitsabstand und erhöhte Geschwindigkeit beim Überholen durch Kraftfahrzeuge führen immer wieder zu Unfällen mit Schwerverletzten.



Weiße Fahrräder markieren Unfallorte.

Es ist dringender Handlungsbedarf geboten, um endlich sichere Radwege im gesamten Stadtgebiet zu realisieren. Das Radwegekonzept aus dem Jahr 2017 wurde inzwischen vom Straßen- und Tiefbauamt evaluiert. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten wurden bereits realisiert oder sind in der Planung. Dazu gehören unter anderem die Radwege auf der St. Petersburger Straße oder der Albertstraße. Dennoch bleibt viel zu tun, um die ambitionierten Ziele des Radwegekonzeptes bis zum Jahr 2025 umzusetzen. So gibt es auf der gesamten Länge der Bodenbacher Straße bis heute keine sicheren Radwege und es kommt immer wieder zu gefährlichen Situationen für Radfahrende. Unsere Fraktion hat es sich zum Ziel gesetzt, bei all den Aktivitäten zur Verbesserung der Radwegesicherheit die Rechte der Menschen, die zu Fuß gehen, nicht zu vergessen. Entsprechende Antragsinitiativen sind in Planung.

Anne Holowenko

Grüne Gentrifizierung

Sozial-ökologische Spaltung durch Klima- und Umweltschutz. Eine kleine Analyse von Tilo Wirtz.



Innerstädtisch Parken bald nur noch für die Reichen und Hippen?

Nicht selten wird das eigene politische Narrativ am Frühstückstisch in Frage gestellt. Während, Stichwort Verkehrswende, wacker auf PS-Protze, Raser und Klimasäue geschimpft wird, der öffentliche Raum gehöre für Autos verboten und es solle dafür geblecht werden, mischen sich leise Töne zu Hause in die Debatte. Demnach sitzen nicht die gescholtenen SUV-Besitzer und Sternpiloten in der Psychotherapie, sondern Prekäre. Ein großer Stressor ist dabei das eigene Auto. Wenn noch irgendetwas passiere, kaputtgehe oder teurer werde, müsse das Auto abgeschafft oder stillgelegt werden, oft ein alter Gebraucher. Dann steht der prekäre Erwerb in Frage, die Eltern auf dem Land können nicht mehr gepflegt werden oder die Zeit fehlt, um sich um die Kinder zu kümmern. Denn für Menschen, die unter Zeitdruck stehen, die ungünstige Verbindungen in der Stadt oder darüber hinaus bewältigen müssen, die selbst körperlich eingeschränkt sind, ist der Verweis auf Fahrrad oder ÖPNV allenfalls eine finanzielle Alternative aber keine lebenspraktische.

Würden die Ärmeren aus dem Segment des motorisierten Individualverkehrs verdrängt, hätte das für Wohlhabendere durchaus angenehme Effekte. Sind sie durch privilegierte Parkplätze auf dem eigenen Grundstück oder in der Firma gar nicht auf öffentliche Parkplätze angewiesen, ginge ihnen die Vergrämung aus dem öffentlichen Raum am A... vorbei, während sie sich gleichzeitig über sinkende Spritpreise freuen könnten. Und über die Förderung von Elektroautos samt Ladesta-

tionen, freiere Straßen und ein noch flüssigeres Vorankommen. Auto fahren wäre wieder das, was es am Anfang mal war und wo sich viele Bevorzugungen des Autoverkehrs ableiten lassen, das Privileg der Reichen und Mächtigen. Die, die nicht zu dieser Gruppe gehören, wären auf die nicht so komfortablen und nicht so schnellen kollektiven Systeme des öffentlichen Verkehrs verwiesen.

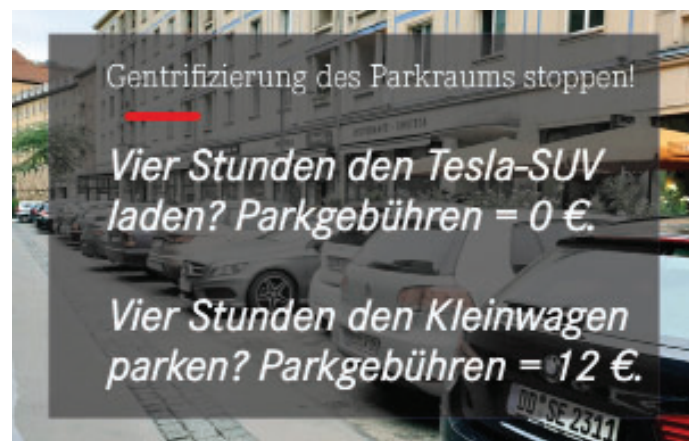
Die Verdrängung Ärmerer droht aber nicht nur bei der Mobilität. Das Umweltbundesamt empfiehlt den Umzug in kleinere Wohnungen zur CO₂-Einsparung. Die Motivation entspringe demnach nicht aus einer niedrigeren Miete, sondern lediglich einer marginalen Einsparung von Heizkosten. Denn beim Umzug in eine dreißig Prozent kleinere Wohnung müsse mit einer dreißig Prozent höheren Kalt-

miete pro Quadratmeter, also netto der gleichen Kaltmiete wie für die große Wohnung gerechnet werden, so das Bundesumweltamt. Hier werde Mietwahnwitz und Klimaschutz zusammen gedacht.

Beim Zugang zu Energie bezahlen ärmere Haushalte einen höheren Anteil am Einkommen für Strom, Stichwort EEG-Umlage, während Wohlhabendere sich Solaranlagen fördern lassen können.

Oder die Gentrifizierung – sprichwörtlich Veredelung der Lebensmittel. Hier ist insbesondere Fleisch im Fokus, welches am besten mit einer Abgabe belegt werden soll. Die Bemme mit Wurst, eigentlich die Verwertung von Schlachtresten und minderen Teilen, ist nun nicht gerade das, was die Hipster*innen in der Brotbüchse haben.

Tilo Wirtz



Sharepic der Fraktion zeigt Auswüchse der Vorlage zu den Parkgebühren.

Der Kampf um die Robotron-Kantine

Der Verein »Konglomerat e.V.« startet eine neue Kampagne für den Kauf und Erhalt der Robotron-Kantine.

»Ja, da ist noch was und es ist kurz vor 12! Erneut droht in Dresden ein innerstädtischer Ort für eine gemeinwohlorientierte Nutzung endgültig verloren zu gehen und damit auch sein Potential, ein Möglichkeitsraum für die Stadt von morgen zu werden, die ehemalige Robotron-Kantine an der Lingnerallee, direkt im Herzen der Stadt.« äußert der Dresdner Verein »Konglomerat e.V.«, der sich für die Gestaltung von Kulturräumen und der Umsetzung von handwerklichen, künstlerischen und sozialen Projekte aus der Zivilgesellschaft einsetzt. Als am 16. Juli 2020 der letzte Stadtrat vor der Sommerpause beschloss, wie es mit den Projekten der Kulturhauptstadtbewerbung weitergeht, hatte OB Hilbert bereits im Vorfeld angekündigt, dass der Kauf der Robotron-Kantine gestrichen werden müsse, da jetzt Geld eingespart werden müsse. Ein letzter Ausweg, das Projekt nicht gänzlich zu streichen, gelang im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung. Dort wurde per Beschluss ein optionaler Kauf auf den übernächsten Haushalt geschoben. Es ist dennoch traurig und ernüchternd, dass ein Projekt, das so einen umfangreichen Beteiligungsprozess erfahren hat, bei dem Menschen aus unter-

schiedlichsten Bereichen mitgewirkt haben, so schnell auf Eis gelegt worden ist. Vor allem, da keine Absprachen oder gemeinsame Überlegungen stattfanden und die Beteiligten aus der Zeitung erfahren durften, dass der Kauf vorläufig gestrichen ist. Dabei wurde doch in den zahlreichen Diskussionen deutlich, wieviel Interesse es an solchen Freiräumen und Orten des sozialen und kulturellen Miteinanders gibt. Der Erhalt und die Entwicklung dieser Orte in allen Stadtteilen Dresdens ist ein zentraler Baustein des Dresdner Kulturentwicklungsplanes. Es ist gut, dass nun durch den Verein Konglomerat e.V. Unterstützung kommen wird. Sie argumentieren: »Gerade in unseren ungewissen Zeiten brauchen wir Orte, die in die Zukunft wirken. Wo die Stadtgesellschaft mitdenken kann an dem, wo es hingeht.« Dem kann man sich nur anschließen. Der geplante Kauf muss nun dringend umgesetzt und der Entwicklungsprozess der Robotronkantine zu einem innerstädtischen Ort des Miteinanders weiterverfolgt werden.

Mehr Informationen gibt es auf der Webseite: www.wardanichtnochwas.de

Anja Apel



Anja Apel und die Fraktion DIE LINKE kämpfen seit Jahren für den Erhalt der Robotron-Kantine.

ANTRAGSINITIATIVE

Pro Sachsenbad!

Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Dresdner Sachsenbad nun geschlossen und seitdem dem Verfall preisgegeben. Seit der Schließung kämpfen die Pieschener Bürger*innen und die Fraktion DIE LINKE um den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes.

Im Jahr 2016 wurde durch den Petitionsausschuss ein Prüfauftrag beschlossen: Geprüft werden sollte, ob unter Wahrung der denkmalpflegerisch bedeutenden Raumstrukturen in dem Gebäude ein teilweise frei finanziertes Bad mit Schwerpunkt Gesundheit, Gesundheitsprävention, Therapie, Senioren- und Seniorinnenschwimmen sowie Schwimmunterricht für Kinder eingerichtet werden kann. Besonders an den Schwimmkursangeboten mangelt es derzeit – auch in Dresden.

2018 entstand dazu eine entsprechende Vorlage der Stadtverwaltung, die die Einrichtung eines Gesundheits- bzw. Rehabades vorsieht und damit dem Wunsch der Dresdner Bevölkerung, nämlich dem Aufleben des Sachsenbades als Schwimmbad, nachkommt.

Das Ergebnis dieser 2018 vom Stadtrat beauftragten Konzeptausschreibung eröffnete jedoch eine böse Überraschung: Der gegenwärtig einzige Bieter will aus dem Sachsenbad einen Bürotempel machen.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE einen neuen Vorstoß gewagt und fordert mit einem kürzlich eingereichten Antrag die Aufhebung der Konzeptausschreibung von 2018 sowie ein Bekenntnis zum Erhalt des Sachsenbades und Wiedereröffnung als Gesundheitsbad. Zudem soll der Oberbürgermeister Hilbert eine neue Vorlage erarbeiten, die dem Wunsch der Pieschener*innen nachkommt. Der Bürgerverein »Pro Pieschen« hat kürzlich offiziell bei Hilbert durch mehr als 3000 Unterschriften ein Bürgerforum zum Aufleben des Sachsenbades als Gesundheitsbad beantragt.

Die Redaktion

FRAKTION IM GESPRÄCH

Verkehr am Elbhing

Am 28.10.2020 lädt Stadtrat und Bauexperte Tilo Wirtz in Loschwitz interessierte Bürger*innen zum Gespräch über die aktuelle Verkehrssituation am Dresdner Elbhing in den Stadtteilen Bühlau, Loschwitz und Weißig ein. Zentrale Themen sind u.a. die Sanierung des Ullersdorfer Platzes mit dem optionalen Ausbau eines parallelen Radweges sowie der P+R-Platz an der Sohlander Straße, dessen Bauvorhaben erst einmal geplatzt ist. Darüber hinaus soll über eine mögliche Anbindung Weißigs an das Straßenbahnnetz sowie den gegenwärtigen Sachstand der Sanierung des Blauen Wunders diskutiert werden. Auch das Thema Radverkehr und die Zukunft des Dresdner Fernsehturms sollen zur Sprache kommen.

Die Redaktion



Verkehr am Elbhing

mit Stadtrat Tilo Wirtz

28. Oktober 2020, ab 19 Uhr
im Café Luk, Grundstraße 174

Um 18 Uhr gibt es eine offene
Bürgersprechstunde vor Ort

GANZ HINTEN LINKS

Dresden und seine Weihnachtsmärkte

Der Striezelmarkt ist ein Lieblingsthema der Dresdner Lokalpolitik. Weihnachten ist zwar noch ein paar Wochen hin und kein Mensch kann heute sagen, ob wegen der Corona-Pandemie der Dresdner Weihnachtsmarkt überhaupt stattfinden kann. Der in Köln ist bereits abgesagt. Das hindert



Ob Panzersperren auch Corona fernhalten?

den Dresdner Stadtrat nicht daran, darüber zu debattieren, ob er den Markt verlängern sollte, um in diesem Jahr mehr Tourist*innen nach Dresden zu locken. Auch für eine zusätzliche Sonntagsöffnung der gesamten Stadt soll der Markt erhalten. Welch großartige und zeitgemäße Idee. Aus Hygienegründen will der Oberbürgermeister eine Maskenpflicht verordnen, den Alkoholverkauf beschränken und den Striezelmarkt großflächiger auf die Innenstadt verteilen. Unklar ist, ob dafür dann die schmucken Panzersperren ausreichen, die er gegen den Willen des Stadtrates zum Schutz vor Weihnachtsterroristen beschaffen ließ. Vielleicht könnte er da noch nachordern. Die Kunst besteht jetzt darin, mit alkoholfreiem Glühwein mehr Leute als sonst nach Dresden zu locken, auf das diese Leute sich dann aber auf dem Markt nicht zu nahekommen. Ich wünsche gutes Gelingen. Übrigens: Laut ARD-Deutschlandtrend sind zwei Drittel der Deutschen dafür, die Weihnachtsmärkte in diesem Jahr abzusagen.

Jens Matthis

Gemeinwohlabilanzierung

Wenn die Konservativen den Sozialismus wittern – und dabei eigentlich gegen das Gemeinwohl wettern.

In einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft stehen Menschenwürde, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung im Fokus des politischen Handelns. In der Ratssitzung vom 3. September wurden in zwei aktuellen Stunden folgende Fragen diskutiert: »Wie viel Marktwirtschaft ist für ein soziales Dresden nötig?« und wie sieht es aus mit dem »Klimaschutz in und nach der Corona-Pandemie?« Dass beides eng miteinander verknüpft ist, machte LINKE-Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch deutlich. Denn, wer den Schutz unserer Umwelt und unserer natürlichen Ressourcen

zur vordringlichen Aufgabe dieser Gesellschaft machen wolle, der müsse ökologisches Verhalten bezahlbar und praktikabel für alle gestalten. Dennoch wurde in der gleichen Ratssitzung unser Antrag zur Stärkung und Unterstützung der Gemeinwohlabilanzierung von Dresdner Unternehmen durch eine konservative bis rechte Mehrheit abgelehnt. Die munteren, der Sozialismus könne in Dresden wieder Fuß fassen, wenn Unternehmen ihr Handeln ökologisch und sozial verträglich gestalten. Das hindert DIE LINKE jedoch nicht daran, auch weiterhin eine gemeinwohlorientierte Politik zu betreiben. Die Redaktion



Steht nicht nur für Reichtum: Das Füllhorn.

RATHAUS

Glaubwürdig unglaubwürdig?

Das Hissen der Regenbogenflagge am Rathaus zum CSD war ein jahrelanger Kampf im Dresdner Stadtrat vorangegangen. Besonders einer tat sich besonders schwer – Oberbürgermeister Hilbert. 2015 wurde eine Rot-Grün-Rote Antragsinitiative zum Hissen der Flagge abgelehnt – und Hilbert schwieg dazu. Jahrelang versteckte er sich hinter der sächsischen Beflaggungsordnung, die dies angeblich verbietet. Die für kommunale Gebäude aber überhaupt nicht gilt. Und nun nach dem Beschluss: Da bezeichnete er die Regenbogenflagge plötzlich als »ein Zeichen für Toleranz und Offenheit gegenüber jeder Lebensweise, jedem Geschlecht und jeder Sexualität« als hätte er sich jahrelang dafür eingesetzt. Ein wenig unglaubwürdig, oder nicht? Die Redaktion



Sie stehen für sexuelle Freiheit, Toleranz und Vielfalt: die Farben des Regenbogens.

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz,
Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katharina
Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo
Kießling, Jens Matthis, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionelle Mitarbeit
Jana Neveling, Norbert Engemaier, Thomas Feske

Bildnachweise (Seite)
Derks/pixabay(1), Dr. Margot Gaitzsch(2),
Steffen Müller/wikimedia Commons(2), blaues
Wunder/piqsels.com(2), eagle77/pixabay.com(2),
Kinder/piqsels.com(2), Archiv der Fraktion(3,
7), Stephan Kühn/wikimedia commons (3),
RahulPandit/pixabay(4), Mojpe/pixabay(4),
joergelman/pixabay(5), Dresden Zschernitz/
piqsels(5), x-weinzar/wikimedia commons(5),
Christian Gebhard/wikimedia commons(6),
walensky/pixabay(6), Marco Dziallas(7),
SchiDD1/wikimedia commons(8), LH DD/
Dittrich/wikimedia commons(8), Jasmin Sessler/
pixabay(8)

Gestaltung und Satz
Norbert Engemaier

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage der Papierausgabe
6500 Exemplare

Redaktionsschluss
22.9.2020

Abonnement
»Vorne links« kann kostenfrei per Mail an
fraktion@dielinke-dresden.de abonniert werden.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat